

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Zur Nachgelieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 11,- M., vierteljährlich 42,- M.
Anzeigen-Preis. Die einseitige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, lipellige An- u. Verhüte 25 % Bezugsgebühr laut Tarif. Unverändliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 20 Pf.

Schreibweise und Hauptvertriebsstelle:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von F. Pfeich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverändliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft.
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Seestraße 7 Stabkassament 1. Rangpa Seestraße 7
Excelsior-Diele
5-Uhr-Tea
Nachmittags und abends Konzerte des ungar. Kapellmeisters Lokatos

Muster-Ausstellung
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 19331 und 20491

Bewerkschaftliche Streikrichtlinien.

Vorschläge der Berliner Gewerkschaftskommission.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 2. März. Da die letzten großen Streiks gescheitert sind, wie alle andere, auch die Gewerkschafts-Organisationsplan ein Opfer der Nachkriegszeit geworden ist, hat sich die Berliner Gewerkschaftskommission mit der Ausarbeitung von Richtlinien beschäftigt, die in einer ihrer nächsten Sitzungen angenommen werden sollen. Die Richtlinien besagen unter anderem folgendes:

Streiks dürfen erst dann beschlossen werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. In der Abstimmung über einen Streik müssen die organisierten Beschäftigten aller Organisationen teilnehmen können. Ein Streikbeschluss hat nur Gültigkeit, wenn er den Bestimmungen der beteiligten Gewerkschaften entspricht. Ohne Verständigung der übrigen beteiligten Organisationen, resp. der Lohn- und Tarifstelle, darf keine Ortsverwaltung eine Lohnbewegung einleiten, noch einen Streik lancieren. Tritt eine Gruppe von Beschäftigten gegen den Willen der Organisation in einen sogenannten wilden Streik, so darf keine Ortsverwaltung Streikunterstützungen bezahlen, bevor sie sich nicht mit den übrigen Organisationsleitungen verständigt hat. Interessant sind auch die Bestimmungen für den Aufruf zu Solidaritätsstreiks. Die Gewerkschaftskommission verlangt, daß, falls Unterstützung durch andere Organisationen gefordert wird, dieser Fall den Gewerkschaftsorganisationen und der Absicht zu unterbreiten ist, die ihn prüfen und dann ihre Befehle fassen sollen. Ueber die Ausführung von

Arbeiten in lebenswichtigen Betrieben

heißt es: Notwendig werdende Arbeiten in ganz besonders lebenswichtigen Betrieben werden nach noch näher zu bestimmenden Richtlinien auf Anweisung der Organisation von den an der Lohnbewegung beteiligten Organisationen der Teilnehmer selbst ausgeführt. Die Technische Rothhilfe können die Gewerkschaften ab.

Streik der Steinfelder Hofenarbeiter.

Stettin, 2. März. Die Hofenarbeiter Stettins sind gestern in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 Prozent. (W. T. B.)

Braunschweiger Kommunisten vor dem Schwurgericht.

Berlin, 2. März. Die Dynamitattentate, die die Bevölkerung Braunschweigs im Juni und Juli v. J. in große Aufregung versetzten, werden in diesem Monat vor dem Braunschweiger Schwurgericht zur Verhandlung gelangen. Insgesamt werden sich neun Personen zu verantworten haben, darunter auch Alfred Merges, der Sohn des bekannten braunschweigischen Kommunisten und Revolutionspräsidenten August Merges, sowie Frau Minna Raßhauer, die nach der Revolution eine Zeit lang den Posten des braunschweigischen Kultusministers inne hatte.

Bereinfachung und Verbilligung in der Postverwaltung.

Berlin, 2. März. Das Reichspostministerium hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes der Post- und Telegraphenverwaltung vorgelegt. Wie es in der Denkschrift heißt, werden die bisher eingeleiteten und noch beschlossenen Veränderungen in Verbindung mit der Vereinfachung des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst eine Verringerung des Personalstandes in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Verlaufe nächster Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Die Arbeitszeit bedarf noch einer ins Einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Veranschlagung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Achtstundentages unter Vermeidung jeglicher Ueberanstrengung der Beamten überwachelt werden muß. Die Denkschrift schließt zusammenfassend, die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Verbilligungen in der Post- und Telegraphenverwaltung hätten eine Ausgabeverminderung um einige Milliarden Mark zur Folge gehabt.

Hermes drängt auf endgültige Beilegung des Reichsfinanzministerpostens.

Berlin, 2. März. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, soll der Reichsernährungsminister und augenblickliche Reichsfinanzminister Dr. Hermes dem Reichskanzler erklärt haben, daß er im Interesse der geordneten Führung der Geschäfte des Reichsfinanzministers die Ernennung eines endgültigen Reichsfinanzministers für dringend erforderlich halte und den Kanzler bitte, sich baldigst in dieser Frage zu entscheiden.

Berufung Dr. Pfeiffers auf den deutschen Gesandtschaftsposten in Washington?

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Berlin, 2. März. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, der Reichskanzler habe dem deutschen Gesandten Pfeiffer in Wien den Posten des deutschen Botschafters in Washington angetragen. Dr. Pfeiffer hat jedoch, von dieser Berufung abgesehen und hat sich Bedenklichkeit vorbehalten. Es ist jedoch anzunehmen, daß er dem Rufe als Botschafter nach Washington folgen werde.

Die Auseinandersetzung Delbrücks mit Aulard.

Professor Delbrück, der längst durch seine Ludendorff-Einstellungen peinliches Ansehen erlangt hat, hat sich mit dem französischen Professor Aulard in eine Auseinandersetzung über die Kriegsschuld eingelassen, über die das „N. Z.“ u. a. berichtet:

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Delbrück und Aulard hat begonnen, allerdings nicht, wie Delbrück vorhin, durch einen persönlichen Meinungsaustrausch in Köln, sondern durch Zeitungsartikel im „Devoire“. Der Berliner Vertreter des „Devoire“, Laurent, hat Delbrück aufgesucht und gibt ohne tendenziöse Färbung wieder, was ihm der deutsche Gelehrte gesagt hat. Delbrück erklärte, er sei kein Aulardianer, wie man in Frankreich glaube, sondern ein überzeugter Pazifist. Schon 1912 habe er auf die Gefahren der imperialistischen Propaganda hingewiesen. Er habe das Manifest der 93 nicht unterschrieben und schließlich ein Buch gegen Ludendorff veröffentlicht. Er könnte die von Aulard verlangte Erklärung, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei, nicht unterschreiben, weil er damit gegen seine Ueberzeugung handeln würde. Delbrück sagte weiter: Ich habe den Kaiser und ebenso die Männer, die den größten Einfluß auf ihn hatten, gekannt und weiß, daß sie im tiefsten Empfinden friedfertig waren. Ich erkenne an, daß sie einen ungeschickten oder schweren Fehler begangen haben, als sie den Krieg erklärten, aber dabei darf man nicht von einer moralischen Verantwortung sprechen. Eine Verantwortung ist juristischer Art.“ Delbrück tritt auf neue für die These ein, daß die moralische Verantwortung auf beiden der Entente liege.

Professor Aulard schreibt dazu: Deutschland verflechtet sich als Pazifist, um seinen Kaiser und die faulerliche Regierung zu verteidigen. Die Drohsätze über Ludendorff beruhen gar nicht. Delbrück wirft Ludendorff vor, er habe den Krieg schlecht geführt. Hätte Ludendorff Paris gewonnen, dann wäre Delbrück mit ihm zu Frieden gekommen. Aulard kommt dann auf die deutsche „Lüge“ zurück, durch die nach seiner Meinung die Kriegserklärung gerechtfertigt worden sein soll. Delbrück nennt die Lüge nur ein Ungeheuer. Weil Delbrück aber in seinem Widerspruch verharrt, will ich ihn fragen, weshalb Deutschland 1890 im Haag das Schiedsgericht abgelehnt hat. Damals hätte sich eine Periode des Friedens eröffnen können. Die deutsche Regierung hat aber eine Zeit des Krieges vorhergesagt, und das soll ein Ungeheuer sein, nichts weiter? Aulard fragt, weshalb Wilhelm II. im Jahre 1914 den Versuch des Fahren nicht angenommen hat, den Konflikt dem Daaer Schiedsgericht zu unterbreiten. „Ein Ungeheuer.“ wird Professor Delbrück wieder sagen. Wir Franzosen nennen diese Handlung nicht ein Ungeheuer, sondern ein Verbrechen. Das will aber nicht belegen, daß wir Franzosen alle mit der französischen Politik vor dem Kriege zufrieden gewesen sind. In allen Ländern haben die Skandinavienleranten durch ihre mächtige Presse zum Kriege gedrängt; aber die Hauptschuldigen bleiben Wilhelm II. und Franz Joseph. Wir französischen Republikaner haben nach unserer Niederlage 1871 den Kaiser und das Kaiserreich ausgespielt. Wir haben erklärt, daß sie für das Unheil und die Verhinderung Frankreichs verantwortlich sind. Jeder französische Professor hätte sich nach 1871 geäußert, Napoleon III. zu loben; aber die deutschen Professoren, Herr Delbrück an der Spitze, hielten es für ihre Ehrenpflicht, den früheren Kaiser zu verteidigen.“ Aulard schließt mit der Mahnung an die Franzosen, sich um die humanitären Protesten nicht zu kümmern, sondern auf die zwölf Millionen deutscher Arbeiter zu vertrauen, die einmütig den Frieden wollen, und die einsehen, daß die Ruten Frankreichs aufgebaut werden müssen.

Das Kabinett Ponikowski erschüttert.

Warschau, 2. März. Der polnische Außenminister Strömung hat in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet den Antrag auf ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine auswärtige Politik gestellt. Er will keine Reise nach Paris und London ein antreten, wenn ihm das Vertrauen ausgedrückt worden ist. Am Donnerstag findet eine neue Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, in der die Vertrauensfrage erörtert werden soll. Die innerpolitische Lage ist derzeit verwickelt, daß man nicht übersehen kann, ob das Verlangen des Außenministers nicht den Rücktritt des ganzen Kabinetts zur Folge haben wird. Die Nationaldemokraten verlangen eine endgültige Entscheidung, die ihren Wünschen entsprechend, gegen das Kabinett ausfallen soll, wiewohl sie nicht verhehlen, daß die augenblickliche Lage für einen Ministerwechsel nicht sehr günstig ist. Nebenfalls gilt die Stellung des Kabinetts Ponikowski als ziemlich erschüttert, zumal gegen den Innenminister Downarowski, wie auch gegen den Vorsitzenden des Hauptlandesamtes, Dr. Biernik, erhebliche Anklagen vorgebracht werden. Der Seimpräsident hat in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Ponikowski den Rücktritt beider ausdrücklich verlangt. (W. T. B.)

Fulci Postminister.

Rom, 2. März. Der König hat die Demission des Postministers Cesaro angenommen und zu seinem Nachfolger den Abgeordneten Fulci ernannt. (W. T. B.)

Groß-Samburg und Preußen.

Nach dem am 11. August des Vorjahres erfolgten Ablauf der zweiährigen Sperre, innerhalb deren Anträge auf Bundesstaatliche Neugliederungen nach § 18 der Weimarer Verfassung nicht gestellt werden durften, ist die erste größere Aktion, die auf diesem Gebiete unternommen wird, der Versuch des hamburgischen Staates, von Preußen die Abtretung verschiedener Grenzgebiete zu erlangen, die nach hamburgischer Uebersetzung zur Vergrößerung Mecks Gemeinwesens unbedingt nötig sind, um eines der wertvollsten Gebiete unseres kleineren Kolonien zu erhalten und an seinem Körper verfallenen Vaterlandes durch Beilegung unnatürlicher und längst veralteter staatlicher und kommunaler Schranken zu wirtschaftlicher Höchstleistung zu entwickeln und zu dem Verlaufe des deutschen Wiederaufbaues an machen, für den es alle natürlichen Vorbedingungen in reichem Maße besitzt. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung von Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Auslandsseehäfen, die durch Antwerpen und Rotterdam ernstlich bedroht wird, also um eine Einzelanleihe von hervorragender nationaler Bedeutung, die für das deutsche Gesamtinteresse schwer ins Gewicht fällt. Sowohl die preussische Regierung wie der hamburgische Staat haben an die zunächst ausländische Instanz, die Zentralfstelle für die Neugliederung des Reiches, Denkschriften einereicht, worin die Frage nach allen Richtungen gründlich beleuchtet wird. Die hamburgischen Ansprüche sind in folgenden drei Punkten: 1. Erweiterung der einseitigen Hafenanlagen. 2. Vereinheitlichung des gesamten Elbhaftenverkehrs durch Einbeziehung von Altona, Sandstedt und Harburg, womit die Verwertung von Gelände zur Anlage von industriellen Betrieben im Hafen unmittelbar am Wasser verbunden wäre. 3. Abtretung von Bauland zur Errichtung von Wohnungen für das große Heer der Hafenarbeiter.

Wenn die preussische Denkschrift zur Begründung ihres Widerstandes gegen die hamburgischen Forderungen sich darauf beruft, daß der Wiederaufbau deutschen Lebens, deutscher Macht und deutscher Wirtschaft nur gelingen könne, wenn Preußen stark sei und bleibe, so ist das an sich gewiß richtig. Je unbedingter die Verhältnisse unter dem Versailles Gewalt- und Zwangsfrieden sich gestalten, desto empfindlicher wird die nationale öffentliche Meinung Deutschlands für den vaterländischen Wert eines in seiner Macht ungeschwächerten Preußens. In den Deutschen Stimmen“ weist Dr. Stresemann auf diesen psychologischen Zug im Anschluß an den Erfolg, den der bekannte Film „Arriberius Rex“ zeitigt, hin und erklärt: „Preußens Geschichte steigt aus der Vergangenheit auf, und überall da wo das Große des alten Preußens dem Zuschauer vor Augen tritt, scheint die Liebe zu dem, was dahingegangen ist, hält die Herzen und Seelen anfangen und findet in härmlicher Zustimmung ihren Ausdruck. Das neue Deutschland muß doch noch wenig Eroberungen gemacht haben, wenn diese Kundgebungen möglich sind.“ Selbst wenn man aber tief von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß an dem staatlichen Verlande Preußens nicht gerüttelt werden darf, so wird man doch bei richtiger Würdigung der weltwirtschaftlichen Aufgabe Hamburgs der preussischen Denkschrift nicht beipflichten können, wenn sie trotz ihrer Versicherung, die Angelegenheit rein sachlich behandeln zu wollen, in eine Beweisführung verläßt, welche die Abtretung von zur Erfüllung der deutschen Mission Hamburgs notwendigen Gebietsstücken auf eine Linie mit den durch den Versailles Friedensvertrag herbeigeführten Einbußen an Landbesitz stellt. Als ganz abwegig muß es auch bezeichnet werden, wenn die Denkschrift in dem Bemühen, ein Groß-Hamburg zu schaffen, den Versuch zu einer Pertrümmerung Preußens erblickt, und vollends die Krone der Unzulänglichkeiten in der preussischen Auffassung stellt die Erklärung dar, daß die Bestrebungen, im hamburgischen Handelshafengebiet Anbauten zuzulassen, nicht auf Entgegenkommen rechnen könnten, da ein solches „eine unabweisliche Verwendung deutschen Nationalgebietes lediglich zur Förderung einseitiger Geschäftsinteressen hamburgischer Kaufleute bedeuten würde“. Es wäre besser, wenn dieses üble Wort nicht gesprochen worden wäre. So etwas ist bitter für die alten Hansaten, die als Pioniere deutscher Kultur in alle Welt hinausgingen und Deutschlands Kolonialbesitz schufen, als selbst das Genie eines Bismarck noch nicht an diese weltpolitische Leistung der deutschen Reichsmacht heranwollte. Die schwere, ebenso kurzfristige wie unbegründete Verunglimpfung des um die nationale Entwicklung hochverdienten Hansaatentums wird auch von der „Kreuz-Zeitung“, die doch gewiß nicht in den Verdacht einer lauen Vertretung preussischer Interessen geraten kann, als ungebührlich zurückgewiesen. Wie eine solche Verkennung der einschlägigen sachlichen Gesichtspunkte auf preussischer Seite überhaupt Platz greifen konnte, begreift man einigermaßen, wenn man sich in den Geist gewisser Richtlinien verweist, die das preussische Staatsministerium den preussischen Vertretern in der Zentralfstelle für die Neugliederung des Reiches vorgezeichnet hat. Sie sollen danach für jede mögliche Vergrößerung Preußens sich ins Zeug werfen, dagegen jedwede Abtretung preussischen Gebiets von der Hand weisen und bei der Befürwortung einer Vergrößerung